
Statements

zum 17. Wohnungsbau-Tag 2026
vom Verbändebündnis Wohnungsbau

Das alles hängt am Wohnungsbau: Jeder 7. Euro bei der Wertschöpfung und jeder 7. Arbeitsplatz

Unsicherheit für Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Der durch den Iran-Krieg ausgelöste Öl- und Gaspreisschock gefährdet den dringend benötigten Aufschwung.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass die Bundesregierung die heimischen Wachstumspotenziale stärkt und neben der Modernisierung der Infrastruktur vor allem auch den Wohnungsbau entschlossen ankurbelt. Denn jeder siebte Euro der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und jeder siebte Arbeitsplatz hängen mit der Wohnungsbaubranche zusammen.

Bezahlbares Wohnen ist Voraussetzung für funktionierende Arbeitsmärkte – für die Zuwanderung von dringend gesuchten Fachkräften.

Und nebenbei entlasten bezahlbare Wohnkosten auch die Geldbeutel von vielen Millionen Arbeitnehmern in Deutschland, Sie stärken somit indirekt auch den privaten Konsum. Und auch der ist wichtig, damit die Wirtschaftswende, die die Bundesregierung versprochen hat, endlich kommt.

Robert Feiger

IG BAU-Bundesvorsitzender
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Wohnungskrise betrifft Mitte der Gesellschaft

Bezahlbares Wohnen ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Wohnungskrise betrifft nicht nur die Ärmsten, sondern inzwischen auch die breite Mitte der Gesellschaft. Es fehlen fast ausschließlich Sozialwohnungen und bezahlbare Wohnungen.

Um bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu sichern, müssen jährlich mindestens 100.000 dauerhaft gebundene Sozialwohnungen gebaut werden.

Dafür braucht es eine schnelle und verlässliche Förderung. Zudem braucht es auch eine verstetigte Förderung für die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen.

Dr. Melanie Weber-Moritz

DMB-Präsidentin
Deutscher Mieterbund

Neubau auf Sparflamme: Trifft Menschen und Wirtschaft

Fehlender Neubau trifft die Menschen ganz persönlich: Wohnungsmangel und hohe Mieten bedeuten für viele lange Fahrzeiten zum Arbeitsplatz. Ebenso weniger Geld für Anschaffungen, Hobbys und Urlaub. Und vor allem leidet auch die Familienplanung unter der Wohnungskrise.

Fehlender Neubau entscheidet aber auch über die Wirtschaftsstärke: Fachkräfte kommen nur, wenn sie hier eine Perspektive haben. Und das bedeutet vor allem: bezahlbares Wohnen.

Dabei braucht der Arbeitsmarkt dringend Zuwanderung – gerade jetzt, wenn nach und nach mehr Baby-Boomer in Rente gehen. Von den Arbeitskräften, die nach Deutschland kommen, hängt – wie schon in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren – das Funktionieren des Arbeitsmarktes und damit die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ab.

Genau deshalb darf der Staat nicht länger zulassen, dass der Neubau auf Sparflamme läuft. Er muss das bezahlbare Bauen fördern, damit die Mitte der Gesellschaft wieder bezahlbar wohnen kann.

Der Staat muss den Neubau von deutlich mehr Wohnungen im vernünftigen Basis-Standard fördern – und nicht den Klimaschutz-Höchststandard bei wenigen Wohnungen.

Katharina Metzger

BDB-Präsidentin

Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel

„Fast Lane“ statt Stillstand: Vorrang für das Wohnen

„Fast Lane“ statt Stillstand: Wer den Wohnungsbau endlich voranbringen will, muss weg von endlosen Diskussionen über Probleme und hin zu einem klaren Perspektivwechsel.

In angespannten Märkten brauchen wir einen verbindlichen Abwägungsvorrang für das Wohnen und bundesweit einen rechtlich verlässlichen Basisstandard, damit Neubauprojekte zügiger umgesetzt werden und bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Axel Gedaschko

GdW-Präsident

Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Einziges und klares Förderziel: Mehr Wohnungsbau

Die Baupolitik muss endlich da ansetzen, wo der Schuh am meisten drückt: Wir bauen zu wenige Wohnungen.

Dennoch gibt es kein Förderprogramm mit dem einzigen und klaren Förderziel: mehr Wohnungsbau!

Energieeffizienz, Klimaschutz oder Preisbindungen – die staatliche Förderung ist immer mit Auflagen verbunden, deren Mehrkosten erstattet werden.

So wird keine einzige zusätzliche Wohnung gebaut. Daher muss der „Gebäude-Typ E“ nicht nur rechtlich abgesichert, sondern auch förderfähig werden.

Dr. Hannes Zapf

DGfM-Vorsitzender

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau

Klare und verlässliche Standards

Wir brauchen endlich einen verbindlichen Paradigmenwechsel hin zu mehr Einfachheit im Bauen. Klare und verlässliche Standards, rechtssichere Verfahren und praxistaugliche Regelwerke sind die Voraussetzung dafür, wieder schneller und bezahlbarer Wohnraum zu schaffen.

Der Mittelstand ist bereit – jetzt müssen wir den Mut haben, die vereinfachten Strukturen konsequent umzusetzen.

Martin Dornieden

BFW-Vorsitzender im Landesverbandes NRW

Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen | BFW

Bund muss Tempo machen – Staat hat Chance auf 3-fach höhere Steuereinnahmen

Entscheidend ist jetzt die Geschwindigkeit: Im Wohnungsbau vergehen von der Planung über die Genehmigung bis zur Fertigstellung in der Regel 18 bis 24 Monate.

Das heißt: Damit der Wohnungsbau in dieser Legislaturperiode noch Fahrt aufnimmt, brauchen wir schnellstmöglich verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen.

Dazu muss die Wirksamkeit der Förderprogramme geprüft werden. Vor allem müssen die Sonder-AfA auf den EH55-Standard ausgeweitet, und die Förderung verstetigt werden.

Denn zusätzlicher Wohnungsbau rechnet sich auch fiskalisch: Zwar führt die Übertragung der Sonder-AfA auf den EH55-Standard zunächst zu Mindereinnahmen, diesen stehen jedoch etwa dreifach höhere Steuereinnahmen gegenüber.

Wer jetzt Investitionen ermöglicht, schafft nicht nur dringend benötigten Wohnraum, sondern stärkt zugleich die öffentlichen Haushalte. Auch beim „Gebäude-Typ E“ braucht es bis zur Sommerpause greifbare Ergebnisse – andernfalls wird er in dieser Legislaturperiode kaum noch Wirkung entfalten.

Wolfgang Schubert-Raab
ZDB-Präsident
Zentralverband Deutsches Baugewerbe
